

## Neue Regierung Chancen und Gefahren für Zivile Konfliktbearbeitung

Ute Finckh-Krämer

Kurz vor Redaktionsschluss dieses Rundbriefes sind die schwarz-gelb-grünen Sondierungsgespräche geplatzt. Es ist aktuell offen, ob es eine Minderheitsregierung, eine Große Koalition oder Neuwahlen geben wird. Die Sondierungsgespräche haben aber deutlich gemacht, welche Differenzen es zwischen den beteiligten Parteien in den Bereichen Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik gibt. Dies zeigt das Papier mit dem Titel „Sondierungsstand Internationale Politik“, das Anfang November von den Grünen ins Netz gestellt wurde. Die umstrittenen Punkte wären fast alle auch zwischen Union und SPD strittig, die Formelkompromisse würden wohl ähnlich aussehen. Daher ist das Papier eine Analyse wert.

### Formelkompromisse bei der Internationalen Politik

Neben Allgemeinplätzen der Form „Wir setzen uns für Frieden, Freiheit, Menschenrechte und demokratische Teilhabe in Europa und der Welt ein“ finden sich auch einige konkrete Vereinbarungen.

Zivile Krisenprävention wird immerhin erwähnt: „Wir wollen die diplomatischen Ressourcen Deutschlands stärken. Priorität haben für uns zivile Krisenprävention, aktives Krisenmanagement sowie langfristige Stabilisierung im Interesse von nachhaltigen politischen Lösungen. Der deutsche Einfluss in den VN [Vereinten Nationen] muss konzeptionell, personell und finanziell unserem politischen Gewicht entsprechen.“ Auch „eine aktive Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf nuklearem und konventionellem Gebiet“ und das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt scheinen Konsens zu sein. Allerdings tauchen auch der Begriff „vernetzte Sicherheit“ auf, ein explizites Bekenntnis zur NATO, die „bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung“ für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die „Attraktivität des Dienstes in der Bundes-

wehr“. Gar nicht erwähnt wird die OSZE, was angesichts der Tatsache, dass unter der deutschen Präsidentschaft 2016 eine Reihe neuer Initiativen angestoßen wurde, ein schlechtes Zeichen ist.

Entscheidende Fragen im Bereich Außenpolitik und Verteidigung blieben offen – hier die Liste aus dem Text:

- „Die Frage der Finanzausstattung auf der Zeitschiene
- Die Frage der Rüstungsexportpolitik, eines möglichen Rüstungsexportgesetzes sowie der Zukunft der Rüstungsindustrie
- Die Frage der Einsatzfähigkeit im Cyberraum
- Die Frage bewaffnungsfähiger Drohnen
- Die Frage der nuklearen Teilhabe und des UN-Atomwaffenverbotsvertrags
- Die Frage einer möglichen Verlängerung, Weiterentwicklung oder Beendigung laufender Mandate sowie der Begründung neuer Mandate“

### Bundeswehreinsätze

Besonders kritisch ist dabei die Frage der Bundeswehrmandate. Noch vor Jahresende stehen 7 der aktuell 13 Bundeswehrmandate zur Verlängerung an. (Die Gesamtzahl der Bundeswehreinsätze 2017 beträgt 16, aber 3 bedürfen keiner Mandatierung durch den Bundestag.) Darunter sind zwei, bei denen die Grünen in der Vergangenheit einhellig mit Nein gestimmt haben (die NATO-Operation SEA GUARDIAN im Mittelmeer und der Anti-IS-Einsatz in Syrien) und ein Einsatz, bei dem sie sich weit überwiegend enthalten haben (Ausbildungseinsatz für die kurdischen Sicherheitskräfte im Irak). Dieser Einsatz ist durch das Unabhängigkeitsreferendum in Kurdistan und die Kämpfe zwischen kurdischen und irakisch-schitischen Sicherheitskräften um Kirkuk deutlich problematischer als vor einem Jahr. Die geschäftsführende Bundes-



Teilnehmer\*innen auf dem Fachgespräch zu Friedensbildung in Heidelberg im Oktober. Foto: cs



Im Februar 2018 wird Tiffany Easthom, die Direktorin von Nonviolent Peaceforce, nach Deutschland kommen. Der BSV organisiert mehrere Veranstaltungen mit ihr. Foto: cs



Hate Speech im Netz entgegenwirken – Daran arbeitet unser Projekt Love Storm, das im November mit dem Engagement-Preis des Ehemaligen-Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet wurde. Foto: LOVE-Storm

### Diesmal u.a.

#### Familiennachzug für Geflüchtete Bericht vom Fachgespräch zu Friedensbildung

#### Korea-Krise

#### u.a.m.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser letzte Rundbrief des Jahres erscheint wie immer rechtzeitig vor dem Jahreswechsel – nicht, um sich ihn unter den Tannenbaum zu legen, aber vielleicht als willkommene Lektüre in den freien Tagen, die die meisten von uns haben werden. Wir berichten hier wie immer von unseren Aktivitäten und reißen darüber hinaus politische Themen an: dieses Mal die Frage des Familiennachzugs von Geflüchteten (Outi Arajärvi) und die Koreakrise (Christine Schweitzer). Im Leitartikel, geschrieben von unserer langjährigen Vorsitzenden und zwischenzeitlichen Bundestagsabgeordneten Ute Finckh-Krämer, geht es darum, was wir von einer möglichen neuen Regierung, wer immer diese auch bilden mag, zu erhoffen oder auch zu fürchten haben. Dies ist im Moment ja völlig offen, aber auffällig in den letzten Wochen war, dass es nicht die Außen- und Verteidigungspolitik war, die zu Haupt-Streitpunkten bei den Sondierungen führte. Von daher dürfte das von Ute Finckh-Krämer analysierte Sondierungspapier uns auch nach Ende der Sondierungen Hinweis darauf geben, in welche Richtung eine neue Regierung gehen dürfte.

Wir wünschen wie immer eine angeregte Lektüre.

Christine Schweitzer  
für das BSV-Team



"Frau Merkel, unterzeichnen Sie das UN Atomwaffenverbot!" Aktion von ICAN neben der CDU-Parteizentrale, anlässlich der Sondierungsgespräche, in der Nacht vom 1. auf 2. November 2017. Foto: Ralf Schlesener, CC BY-NC-SA 2.0

## Fortsetzung von Seite 1

regierung hat eine Verlängerung dieser sieben Mandate bis Ende März bzw. Ende April beantragt, so dass alle diese Mandate und zusätzlich das im März dieses Jahres verlängerte Ausbildungsmandat für Somalia, das die Grünen in der Vergangenheit auch abgelehnt haben, im März wieder zur Verlängerung anstehen. Die Syrienkampagne kann damit zweimal innerhalb von drei Monaten anlässlich der entsprechenden Bundestagsabstimmungen aktiv werden.

Da Entwicklungspolitik sowohl konflikt- und krisenverschärfend als auch präventiv und deeskalierend wirken kann, sollte man auch einen Blick auf die Vereinbarungen und offenen Punkte in diesem Bereich werfen. Die Grundsätze klingen gut: „Wir werden EPol [Entwicklungspolitik] konsequent und wertebasiert als langfristige globale Nachhaltigkeits-, Stabilitäts- und Friedenspolitik im Rahmen eines kohärenten Politikansatzes gestalten. Wir werden die Effizienz und Wirksamkeit überprüfbar steigern und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken. Die Umsetzung der Agenda 2030, der Ziele für nachhaltige Entwicklung einschließlich der internationalen Klimaverpflichtungen, ist Leitfaden deutscher Entwicklungspolitik.“ In den Details wird es dann allerdings schwierig, und so finden sich auch hier zahlreiche offene Punkte, wobei auffällig ist, dass die eigentlich zum Haushalt des AA und damit zur Außenpolitik gehörige Humanitäre Hilfe hier auftaucht:

- „Frage eines Marshallplan/Zukunfts-pakt/Afrikastrategie (europäisch abgestimmt)
- Frage der Entwicklungsorientierung von Handelsabkommen
- Frage des ODA-Ziels [Official Development Assistance oder Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit] 0,7% (bis 2020)
- Frage der Steigerung der humanitären Hilfe
- Frage eines Gesetzes über Entwicklungsinvestitionen
- Frage des Abbaus von Agrarsubventionen mit negativen Auswirkungen auf Drittmärkten
- Frage der Koppelung von EZ [Entwicklungszusammenarbeit] an Rückübernahmeabkommen

- Die Verwendung europäischer EZ-Mittel für militärische Zwecke und Grenzschutz“

## Haushalt 2018

Vor der Bundestagswahl wurde – wie in Wahljahren üblich – ein Entwurf des (CDU-geführten) Finanzministeriums für den Bundeshaushalt 2018 vorgelegt. Dieser wurde dem Bundestag zugeleitet, und da die Union auch an der kommenden Bundesregierung beteiligt sein wird, gibt der Entwurf einen guten Anhaltspunkt dafür, wie der nach der Regierungsbildung neu einzubringende Entwurf in den Einzelplänen des AA und des BMZ aussehen wird. Die aus ZKB/ZKP-Sicht wichtigen Haushaltstitel wurden einfach mit denselben Beträgen wie 2017 fortgeschrieben – der Zivile Friedensdienst z.B. mit 45 Millionen, die Humanitäre Hilfe mit 1,206 Milliarden, der „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ mit 14 Millionen, Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung mit 316 Millionen, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung mit 30 Millionen. Allerdings soll auf die Gesamtsummen bezogen der Einzelplan des Verteidigungsministeriums um fast 1,5 Milliarden wachsen, der des BMZ nur um knapp 160 Millionen, und der des AA soll um gut 200 Millionen sinken (größtenteils auf Grund der in einem Drei-Jahres-Rhythmus schwankenden Beiträge für die VN, in denen ein „Drittes Jahr“ mit weniger als dem Durchschnittsbeitrag bevorsteht).

Hier gilt es, genau hinzuschauen, sobald ein neuer Entwurf des Bundeshaushalts 2018 vorgelegt wird. Wenn sich die konkreten Punkte aus dem Sondierungspapier im Koalitionsvertrag wiederfinden, können und müssen wir mehr Geld und Stellen für ZKB und Diplomatie einfordern. Zu befürchten ist allerdings, dass wir „deutlich mehr Geld für Militär, ein bisschen mehr für ZKB“ bekommen. Dagegen können und müssen wir mobilisieren.

Dr. Ute Finckh-Krämer ist Vorstandsmitglied des BSV und war von Oktober 2013 bis Oktober 2017 Bundestagsabgeordnete der SPD.

# Fachgespräch Friedensbildung

## Think Peace – Make Peace!

Theresa Bachmann

„Die Friedensbewegung – ist das nicht nur eine Gruppe ehemaliger 68er, die lediglich aus Rentnern besteht?“ „Warum sollte ich mich überhaupt friedenspolitisch engagieren? Andere Themen sind schließlich aktueller.“ Diese und ähnliche Positionen sind unter jungen Menschen in Deutschland weit verbreitet. Wie kann man dem begegnen? Darüber wurde unter anderem auf dem vom BSV organisierten Fachgespräch zur Friedensbildung am 7. Oktober in Heidelberg diskutiert, auch wenn Sturmtief Xavier die Anreise für viele Beteiligte erheblich verzögerte oder gar verhinderte.

### Wie also lassen sich junge Menschen konkret für Friedensarbeit bzw. Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) begeistern?

Ein Patentrezept dafür gibt es nicht. Aber zu wenige Ideen diesbezüglich auch nicht! So wurde in Heidelberg ein bunter Mix an Vorschlägen diskutiert, vom Einsatz kreativer Methoden wie Theater oder Tanz über humoristische Elemente bis zu einem stärkeren Fokus auf direkten und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Der Gedanke dahinter: persönliche Bezüge schaffen und junge Menschen und ihre Interessen nachvollziehen, ernst nehmen und darauf aufbauend zu friedenspolitischem Engagement anregen. Ganz unmittelbar kann das auch heißen, im Einhorn-Kostüm gegen die Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel zu demonstrieren. Dabei sollte es allerdings nicht bleiben. Wünschenswert wäre nicht nur ein erster Kontakt oder einzelne Aktionen, sondern ein langfristiges Mitwirken in der Friedensarbeit. Grundvoraussetzung dafür: „Selbstbestimmtes Enga-

### Planspiel: Coltan und Waffenhandel

Sa 17.03.2018, 10.00-17.00 Uhr, Köln, Friedensbildungswerk, 10 € TN-Gebühr, Anmeldung erforderlich, nicht bei uns, sondern schriftlich bei fbkkoeln@t-online.de.

Wer mehr wissen möchte:  
[www.soziale-verteidigung.de](http://www.soziale-verteidigung.de) oder  
[www.friedensbildungswerk.de](http://www.friedensbildungswerk.de)

gieren ist wichtig in der Friedensbewegung! Das ist genau das, was junge Menschen auch einfordern“, so Moderatorin Renate Wanie. Positive Auswirkungen könnten des Weiteren sowohl eine stärkere Kooperation in regionalen Netzwerken haben als auch ein intensiverer Austausch mit Organisationen aus benachbarten Themenfeldern wie der Flüchtlingsarbeit, Projekten gegen Rechts-Extremismus und der Ökologie-Bewegung. Umstritten ist nach wie vor die Arbeit an und mit Schulen, insbesondere mit Blick auf die Kontroverse, ob politische Friedensbildung neben der Bundeswehr in der Schule existieren kann. Zweifellos wäre es jedoch wünschenswert, der ZKB einen größeren Raum innerhalb der Lehrpläne zuzugestehen.

### Welche Methoden und gesellschaftlichen Prozesse können dabei eine Rolle spielen?

In vier Workshops wurden verschiedene Zugänge zu dieser Thematik vertieft: Die Referent\*innen gestalteten hierzu erkenntnisreiche, interaktive Formate zu den Themen „Globales Lernen und zivile Konfliktbearbeitung“, „Militarisierung der Jugend“, „Strukturen moderner Jugendkulturen“ und „Friedensspiele“. Dabei wurde klar, dass die Bereitschaft von Jugendlichen, sich langfristig für eine Sache zu engagieren, konstant sinkt. Vielmehr wird von ihnen bevorzugt, themenspezifische Aktionen innerhalb der eigenen „Szene“ zu unterstützen. Diese langfristige Tendenz sollte gleichzeitig bei der Anwendung verschiedener Methoden beispielsweise des globalen Lernens oder bei der Durchführung von Planspielen beachtet werden. Aufgrund der Ei-

genbeteiligung der Teilnehmer\*innen erscheinen letztere als geeignet, um Grundkenntnisse zur ZKB zu vermitteln.

**Was bleibt?** Vor allen Dingen das Fazit, dass ZKB als Konzept gerade angesichts einer Vielzahl von Krisen und Konflikten in der ganzen Welt sehr aktuell ist. Dementsprechend besitzt auch die Vermittlung über Arbeit in der Friedensbildung große Relevanz. Gleichzeitig ist es wichtig, vermehrt junge Menschen für dieses Themenfeld zu begeistern und sie zur Mitarbeit zu motivieren. Dabei können unterschiedlichste Wege zu diesem übergeordneten Ziel führen, die auch nicht für jede friedenspolitisch arbeitende Organisation identisch sein müssen oder können. Offenheit, Kreativität, Humor, Planspiele, Tanzworkshops, Nutzung des Internets u.v.m.: Sie alle können dazu beitragen, ZKB bzw. zivile Krisenprävention stärker im Bewusstsein der Gesellschaft zu verankern und Alternativen zu militärischen Ansätzen der Konfliktbearbeitung aufzuzeigen.

Theresa Bachmann absolviert von Oktober bis Dezember 2017 ein Praktikum beim BSV.



Ko-Vorsitzende Outi Arajärvi und Bildungsreferent Benno Malte Fuchs auf dem Fachgespräch.

Foto: cs



# Handbuch für gewaltfreie Kampagnen

## Neuerscheinung

Christine Schweitzer

Eine soziale Umwälzung passiert nicht einfach so. Sie ist das Ergebnis der Arbeit engagierter Aktivist\*innen, die für eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens kämpfen. Diese Arbeit entwickelt sich innerhalb von Aktionsgruppen oder Freundeskreisen, in Diskussionen, in Trainingsseminaren, im Aufarbeiten vergangener Erfahrungen, in strategischen Planungen, im Experimentieren und im Lernen von anderen. Unsere Aktionen für soziale Gerechtigkeit gut vorzubereiten, ist der Schlüssel zum Erfolg.

Dieses Handbuch führt Erfahrungen von gewaltfreien Kampagnen in verschiedenen sozialen Kontexten und unterschiedlichen Ländern der Welt zusammen.

Es beinhaltet Themenblöcke, in denen

- Strategien für gewaltfreie Kampagnen entwickelt werden;
- gezeigt wird, wie wirksame gewaltfreie Aktionen vorbereitet werden (inkl. Checklists);
- Tipps zu finden sind, wie gewalt-

freies Verhalten eingeübt wird (inkl. Prozesse der Gruppendynamik und der Gender-Problematik);

- Fallbeispiele aus verschiedenen Ländern über erfolgreiche gewaltfreie Kampagnen unter spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen informieren.

Auch wenn es nicht das eine garantiert wirksame Rezept für den Erfolg gewaltfreier Aktionen und Kampagnen gibt, dient dieses Handbuch gleichwohl als Quelle hilfreicher praktischer Hinweise. Aktivist\*innen können sie nutzen, um ihre eigene Kampagne aufzubauen, sie für ihren eigenen Kontext und entlang ihrer Bedürfnisse zu konzipieren sowie sie möglichst wirkungsvoll umzusetzen.

Dieses Handbuch birgt einen Fundus kollektiver Erfahrungen von Aktivist\*innen innerhalb des Netzwerks der War Resisters' International (WRI). 50 Autor\*innen haben an diesem Handbuch mitgewirkt. Sie kommen aus Australien, Belgien, Großbritannien, Kolumbi-

## Update: Kampagne zu Zivilem Peacekeeping

Stephan Brües

Ziel der Kampagne zu Zivilem Peacekeeping ist es, das Konzept, das von mehr als 30 Organisationen praktiziert wird, um ohne Waffen Zivilist\*innen zu schützen und sie zu befähigen, selbst die Werkzeuge des Konzepts anzuwenden, bekannt zu machen – sowohl in der Politik als auch in der Friedensbewegung und Öffentlichkeit.

Nach der Beteiligung von Rachel Julian und Tiffany Easthom (beide Nonviolent Peaceforce) an einer Anhörung im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit im letzten Jahr hat das Konzept Eingang gefunden in die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ (S. 51). Dort heißt es: „Die Bundesregierung unterstützt die Weiterentwicklung ziviler Ansätze ... Dabei fördert sie insbesondere Ziviles Peacekeeping als erprobte Me-

thodik, um Menschen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen.“

Wir wünschen uns und haben uns diesbezüglich an die Verhandlungen für die Koalitionsregierung gewandt, dass diese Selbstverpflichtung von der neuen Regierung in Taten umgesetzt wird.

Die Direktorin von Nonviolent Peaceforce, Tiffany Easthom, wird im Februar 2018 auf der Münchener Friedenskonferenz sprechen und danach bei Veranstaltungen in Karlsruhe (19.02.18) und in Berlin (20.-21.02.18) Referentin sein. In Berlin soll es ein Frühstück mit Abgeordneten geben und eine Veranstaltung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen. Wir werden eine ausführliche Evaluation der Kampagne auf der Vorstandssitzung im Januar 2018 durchführen.



en, Chile, der BRD, Italien, Israel, Südkorea, Skandinavien, Spanien, der Türkei und den USA.

War Resisters' International (Hg.), Heidelberg: Verlag Graswurzelrevolution, 2017, 256 S., ISBN 978-3-939045-32-8, 18,90 €. Das Buch kann beim BSV per Shop, E-Mail oder Post bestellt werden.

## Update: LOVE-Storm

Mit dem neuen Projekt „LOVE-Storm“, getragen vom BSV und durch das BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Programm Demokratie leben! finanziell unterstützt, bauen wir eine Trainings- und Aktionsplattform gegen Hass im Netz auf. Derzeit arbeiten wir besonders daran, unsere Initiative bekannter zu machen: Wir haben eine Facebookseite (<https://www.facebook.com/LoveStorm.GegenHassimNetz/> - bitte liken und teilen), und unsere Homepage geht bald online.

Seit Mitte November gibt es auch unsere Crowdfunding-Kampagne auf startnext. Wir werden zwar öffentlich gefördert, benötigen jedoch zusätzliche Eigenmittel, die wir über das Crowdfunding einwerben wollen. Für die Kampagne haben wir mit der Filmemacherin Anne Mérat einen kurzen animierten Erklärfilm zu LOVE-Storm gemacht. Jetzt brauchen wir so viele Unterstützer\*innen wie möglich – auch Dich! Unterstütze uns hier: [www.startnext.com/lovestorm](http://www.startnext.com/lovestorm)

Außerdem besuchen wir viele Konferenzen und Veranstaltungen, um uns mit anderen relevanten Akteuren

# Koreakonflikt

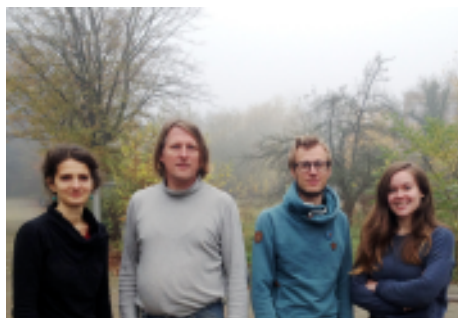
## Konfliktbearbeitung gegen Feuer und Wut

Christine Schweitzer

Donald Trump und Kim Jong-un haben sich in den letzten Monaten mit kriegsrischer Rhetorik überboten. „Nordkorea ... wird mit Feuer und Wut begegnet werden, wie es die Welt niemals zuvor gesehen hat“, warnte US-Präsident Trump Anfang August. Dieser zahlte in gleicher Münze zurück: Er werde „den geisteskranken, dementen US-Greis mit Feuer bändigen“, und drohte wiederholt mit Angriffen auf die US-Basis in Guam, mit der Zündung einer Wasserstoffbombe über dem Pazifik und sogar mit Angriffen auf das amerikanische Festland. Die USA und ihre Verbündeten in der Region demonstrieren mit Militärmanövern ihre Entschlossenheit und alle Seiten rüsten nach Kräften auf. Es ist lange her, seit sich zwei Atommächte so unverhüllt gegenseitig bedrohten, und es ist verwunderlich, wie

im Feld zu vernetzen. Ende November fand dann erfolgreich unser eigener Workshop für Aktive in der Gegenrede zum Thema „Strategien und Selbstschutz“ statt. Wenn Du interessiert an Neuigkeiten über LOVE-Storm-Aktivitäten bist, melde Dich bei [info@love-storm.de](mailto:info@love-storm.de) für den Newsletter an.

Darüber hinaus gibt es vielfältige Möglichkeiten LOVE-Storm aktiv zu unterstützen. Ihr könnt als LOVE-Storm Tester\*in mitmachen oder einfach nur die Initiative in Euren Bekanntenkreisen weiter empfehlen. Wenn Ihr Lust habt, Euch einzubringen, fragt über [info@love-storm.de](mailto:info@love-storm.de) unseren Mitmach-Fragebogen an.



Das LOVE-Storm-Team. Von links nach rechts: Margaretha Eich, Björn Kunter, David Scheuing und Elisabeth Schaueremann. Foto: LOVE-Storm

gering das Echo hier in Europa ist.

Dabei ist – trotz der leicht beschwichtigenden Töne auf Trumps Ostasienreise in der zweiten und dritten Novemberwoche – die Situation hoch gefährlich, und Expert\*innen sehen sich genötigt, ihr altes Wissen über nukleare Abschreckung aus der Schublade zu kramen: Sind Nordkoreas Atomwaffen Abschreckung genug, die USA von einem Angriff abzuhalten? Oder glauben die militärisch extrem überlegenen USA, über so präzise Waffen zu verfügen, dass sie einen „Enthauptungsschlag“ führen, d.h. sowohl alle Arsenale wie auch die politische Führung Nordkoreas vernichten könnten? Oder dass es in jedem Fall besser sei, anzugreifen, bevor Nordkorea über Langstreckenraketen verfüge, mit denen es die Ostküste der USA erreichen kann? Oder könnte Nordkorea zu dem Schluss kommen, dass es nur bei einem Erstschlag eine Chance hat, zu überleben, weil die Gegenseite evtl. so erschrickt, dass sie auf Vergeltung verzichtet? US-Enthauptungsschlag wie nordkoreanischer Erstschlag wurden von den politischen Führungen beider Länder explizit mehrfach als Optionen benannt.

### Konfliktgeschichte

Die Einzelheiten der Geschichte des Konflikts können aus Platzgründen hier nicht ausführlich dargestellt werden. Die nach dem 2. Weltkrieg erfolgte Teilung des Landes wurde durch den Koreakrieg 1950-53 zementiert. Eine drohende Eskalation des Konflikts konnte 1994 u.a. dank einer Vermittlung durch Ex-US-Präsident Jimmy Carter durch ein Rahmenabkommen beigelegt werden. Eine „Sonnenscheinpolitik“ genannte Phase der Entspannung zwischen den beiden Koreas unter dem südkoreanischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Kim Dae-jung 1998 bis 2002/3 endete, als US-Präsident Bush jr. Nordkorea der Achse des Bösen zurechnete. Nordkorea reagierte mit dem Austritt aus dem Atomwaffensperrver-



Blick von der Demilitarisierten Zone auf die sog. Gemeinsame Sicherheitszone in Südkorea. Foto: Jack Upland, CC BY-SA 3.0, <https://en.wikipedia.org/w/index.php?curid=48635429>

trag und der Entwicklung eigener Atomwaffen, um einen Angriff der USA wie auf Afghanistan oder Irak abzuschrecken. 2005 verkündete Kim Jong-il, der Vater und Vorgänger von Kim Jong-un, dass das Land über Atomwaffen verfüge, und bewies dies mit einem ersten (unterirdischen) Test 2006. Seitdem haben sechs Atomwaffentests, davon drei in 2016 und 2017, darunter der einer besonders zerstörungskräftigen Wasserstoffbombe, und zahlreiche Tests von Trägerraketen (2016 und 2017 jeweils über 20) stattgefunden.

Die USA unterhalten eine große militärische Präsenz in der Region, mit etlichen Stützpunkten sowohl in Südkorea, Japan wie im Pazifik, mit 28.000 Soldat\*innen in Südkorea und weiteren 50.000 in Japan. Atomwaffen zogen die USA 1991 aus Südkorea ab. Der neue Präsident Südkoreas, Moon Jae-in, ein früherer Menschenrechtsanwalt und Berater von Kim Dae-jung wollte die sog. „Sonnenscheinpolitik“, den Dialog mit Nordkorea wiederbeleben, scheint aber zunehmend den USA nachzugeben und auf die militärische Karte zu setzen. So kauft das Land Rüstungsgüter im Wert vieler Milliarden Euro, darunter auch Taurus-Raketen aus deutsch-schwedischer Produktion.

### Konfliktbearbeitung

Wie in so vielen Konflikten behauptet jede Seite, sich nur gegen einen Angriff der anderen Seite schützen zu wollen; Behauptungen, die in diesem Falle sogar der Wahrheit näher kommen könnten als in anderen Konfliktregionen. Trotzdem ist das Resultat das, was im März 2017 der chinesischen Außenminister als „beschleunigende Eisenbahnzüge, die aufeinander zurasen,

und keiner will dem anderen ausweichen“ beschrieb.

Ein Blick in die Vergangenheit des Konflikts zeigt, dass Drohungen und Sanktionen gegen Nordkorea nie genützt haben, ja manchmal die Situation verschlimmerten. Hingegen war das Land empfänglich für Gespräche auf Augenhöhe, für wirtschaftliche Hilfe und für Kooperationen, die nicht das Regime infrage stellen. Selbst nukleare Abrüstung ist **dann denkbar**, so wurde auch in jüngerer Zeit in informellen Gesprächen, über die zu lesen ist, angedeutet.

Deshalb hier ein paar Vorschläge – ausführlicher dargestellt sind sie in einem längeren Beitrag, der von unserer Webseite abgerufen werden kann:

1. Es gilt, eine militärische Auseinandersetzung zu verhindern. Nordkorea und USA bedrohen sich gegenseitig, das sollte der Ausgangspunkt sein, anstatt Partei gegen Nordkorea zu beziehen. Der Einsatz von Atomwaffen widerspricht allen universell geltenden Grundsätzen wie dem Völkerrecht – nicht erst seit dem 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag. Einen solchen Krieg zu verhindern und zu einer dauerhaften Entspannung auf der koreanischen Halbinsel zu gelangen, die nicht allein vom Gutdünken diverser US-Präsidenten abhängt, sollte Primat der Politik sein.

2. Die Konfliktransformations kann nur schrittweise erfolgen. In der Vergangenheit haben Ansätze, die positive Anreize boten und Verhandlungen Er-

folg gehabt. Auch Deutschland und die EU können hierzu beitragen – durch einen Verzicht auf die Genehmigung von Waffenexporten in die Region und durch wirtschaftliche Hilfsprogramme für den Norden. Die Sanktionen gegen den Norden sollten abgebaut werden – evtl. auch als Vorleistung, um zu sagen, „schaut, wir meinen es ernst“.

3. Es muss eine Rückkehr an den Verhandlungstisch geben. Die Verhandlungen sollten im Idealfalle alle Betroffenen mit einbeziehen – also keine bilateralen Verhandlungen USA-Nordkorea, sondern Wiederaufnahme des bis vor ca. sechs Jahren praktizierten Sechsparteien-Formats mit Nordkorea, Südkorea, China, Russland, Japan und den USA.

4. Informelle Vermittlung könnte helfen, solche Verhandlungen wieder anzustoßen, sei es durch Länder wie die Schweiz oder Einzelpersonen wie Ex-US-Präsident Jimmy Carter – beide haben ihre Dienste angeboten.

5. Sogenannte „Track II“-Dialoge haben zu dem Abkommen 1994 geführt und wurden auch bis in dieses Jahr hinein weiter praktiziert. Bei solchen Treffen kommen Vertreter\*innen beider Konfliktparteien zusammen, die der Politik nahestehen, ohne selbst in Amt und Würden zu sein, aber so guten Zugang zu den Amtsträger\*innen haben, dass sie diese beeinflussen und z.B. Vor-



Fahrraddemo der südkoreanischen Antikriegsgruppe „Welt ohne Krieg“ zum Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai 2015.

Foto: World Without War

schläge für Lösungen des Konflikts machen können. Hier könnte eine neue Initiative zu solchen Gesprächen, evtl. auch mit europäischen Teilnehmer\*innen ergänzend zu Teilnehmer\*innen aus den USA und Nordkorea, den Weg zu offizieller Gesprächsbereitschaft bahnen.

6. Es gäbe eine Reihe von Maßnahmen, die von der westlichen Seite durchgeführt werden können, ohne eine zusätzliche Gefährdung zu bewirken: Dazu gehören die Lockerung der Sanktionen, der Verzicht auf Militärmanöver, deren Hauptfunktion nur das Zeigen von Stärke ist, und der Verzicht auf die weltweite Modernisierung der Atomwaffen. Stattdessen sollten die NATO-Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen.

Eine Langfassung dieses Beitrags, der Abschnitte zur Konfliktgenese und den Interessen der verschiedenen Konfliktparteien ebenso wie Quellenangaben zu den verschiedenen Aussagen enthält, kann auf der Website des BSV unter <http://www.soziale-verteidigung.de/pazifismus-militaerkritik/> eingesehen werden.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim BSV und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung.

## Atomwaffen: Herzlichen Glückwunsch, ICAN!

Der Bund für Soziale Verteidigung gratuliert dem internationalen Netzwerk ICAN zur Verleihung des Nobelpreises. Damit wird nicht nur die jahrelange kontinuierliche Arbeit vieler Friedensorganisationen für die Abschaffung von Atomwaffen belohnt. Die Entscheidung des Nobelkomitees unterstreicht die Dringlichkeit, die Bedrohung, die von diesen Waffen ausgeht, endlich aus der

Welt zu schaffen. Seit Präsident Trump an der Regierung ist, wurde die sog. Doomsday Clock amerikanischer Wissenschaftler\*innen eine halbe Minute auf zweieinhalb Minuten vor Mitternacht vorgestellt und bewertet die Gefahr eines Atomkriegs so hoch wie zuletzt 1953. Trumps nordkoreanischer Gegenspieler Kim unterlässt seinerseits nichts, mit seinem Atomwaffenarsenal

zu drohen und die USA zu provozieren. Die USA, Russland und China modernisieren ihre Atomwaffen und Trägersysteme. Deshalb: Der Atomwaffenverbotsvertrag, der diesen Juli in New York von den Vereinten Nationen beschlossen wurde, muss dringlich ratifiziert werden – auch und gerade von den atomwaffenbesitzenden Staaten!



# Geflüchtete

## Zusammen mit der Familie Weihnachten feiern – wer möchte das nicht!

Outi Arajärvi



Flüchtlinge im Budapester Hauptbahnhof im September 2015.  
Foto: Rebecca Harms aus dem Wendland, CC BY-SA 2.0,  
//commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42915678

Viele von uns machen schon Pläne für Weihnachten: An welchem Tag besuchen wir die Eltern, Kinder und Enkelkinder? Oder wollen wir mit guten Freund\*innen und leckeren Speisen bei Kerzenlicht feiern?

Diese Erwartungen und schönen Pläne sind aber für viele Menschen in Deutschland nicht erfüllbar, weil die deutsche Regierung den Nachzug von Familienmitgliedern für die Geflüchteten mit einem sog. subsidiären Schutzstatus (ca. 250.000, vor allem Syrer\*innen) auch nach zwei Jahren weiter verwehren will. Darüber hinaus werden auch Anträge von Asylberechtigten verzögert, wie die Medien Anfang Oktober berichteten; aus Griechenland z.B. konnten nur 332 Familienmitglieder nachkommen, obwohl dort unhaltbare Zustände in den Flüchtlingslagern herrschen.

Es ist unglaublich, mit welcher Kältherzigkeit hier mit Familien umgegangen wird, Menschen warten schon seit zwei Jahren oder länger, um Frau und Kinder, Mann oder Eltern nachholen zu können; sie bangen täglich, wie es ihnen in Syrien, Libanon, Türkei oder eben auch in Griechenland geht. Einige halten es nicht länger aus und kehren in das Elend der Flüchtlingslager zurück, weil die jahrelange Trennung sie zermürbt hat – und dies ist vielleicht

auch der Kalkül des Innenministers.

Das Dilemma, dem die Politiker\*innen, die für das Nachzugsverbot sind, vermeintlich gegenüber stehen, stammt daher, dass sie selbst den Horrorzahlen, wie viele Familienmitglieder nachziehen würden, glauben oder sie denken, dass ihre Wähler\*innen dies glauben. Von Millionen ist die Rede und so viele passen

dann nicht in die gute Stube am Weihnachtsabend, auch wenn die Familie heilig ist. Als Lösung aus dem Dilemma wird neuerdings von der Bekämpfung der Fluchtursachen gesprochen. Das klingt gut und alle können zustimmen – natürlich ist es am besten, wenn niemand das eigene Zuhause aus Angst vor Krieg und Verfolgung verlassen muss.

Aber die konkreten Pläne bestehen bis jetzt vor allem aus besseren Zäunen und Schnellbooten für die Küstenwache in Libyen und aus Sicherheitstrainings z.B. für die Grenzpolizei in Eritrea. Dies ist keine Fluchtursachenbekämpfung, sondern Fluchtverhinderung. Klar, dass man nicht die Ursachen schnell beseitigen kann. Kriege, die in Nahost und in Afrika toben, können nicht morgen beendet werden. Auch die Ungerechtigkeit des Welthandels ist nicht sofort abstellbar, selbst wenn man es wollte. Aber einiges könnte man sehr schnell machen, z.B. die Waffenlieferungen in die Krisenregionen stoppen.

Und was sonst schnell möglich wäre: die Unterstützung der Initiativen der deutschen und internationalen Friedensbewegung, die in Krisengebieten für Schutz und Frieden arbeiten. Z.B. arbeitet Nonviolent Peaceforce (NP) in Beirut und trainiert Friedensakti-

vist\*innen aus Syrien, damit sie Schutzmaßnahmen für ihre Region in Syrien entwickeln und umsetzen können. Diese zivilen und gewaltfreien Akteure kehren dann zurück, z.B. um Gewalt in Schulen zu reduzieren, indem sie sich dafür einsetzen, dass dort keine Waffen erlaubt sind. Oder sie entwickeln Pläne, wie eine schnelle Evakuierung durchgeführt werden kann, die auch die Alten und Schwachen sowie Kinder berücksichtigt. Sie entwickeln unter schwierigsten Bedingungen kreative Lösungen für Schutz und Überlebensstrategien. Auch das Forum ZFD arbeitet schon seit einigen Jahren im Libanon, um die Zivilgesellschaft, die die aus Syrien geflüchteten Menschen besser integrieren will, zu unterstützen.

Im Irak arbeitet ein kleines Team von NP, um dort Flüchtenden aus umkämpften Regionen Schutz und Begleitung zu bieten, damit die Menschen mit dem Nötigsten versorgt werden können. Das Budget von NP für die Arbeit in Syrien und im Irak ist viel zu gering. Was könnte man nicht alles machen, wenn die deutsche Regierung eine Finanzierung des unbewaffneten Zivilen Peacekeepings beschließen und für andere Präventions- und Schutzmaßnahmen in Krisengebieten größere Budgets bewilligen würde.

Der erste Schritt ist sogar schon gemacht worden. Mit großer Freude konnten wir lesen, dass in den neuen Leitlinien des Auswärtigen Amtes für Krisenprävention das Zivile Peacekeeping als Instrument aufgeführt wird: „... fördert sie insbesondere Ziviles Peacekeeping als erprobte Methodik, um Menschen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen“ (S. 51).

Wir können nur hoffen, dass das keine leeren Versprechungen sind, sondern den Worten Taten folgen! Denn: Taten sind Früchte, Worte nur Blätter. (Sprichwort aus Griechenland)

Outi Arajärvi ist Ko-Vorsitzende des BSV.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019  
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de  
Spendenkonto IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14, BIC: WELADED1MIN  
Redaktion und V.i.S.d.P. Christine Schweitzer; Gestaltung Kai-Uwe Dosch  
Druck art & image Minden, Auflage 5250, Erscheinungsweise vierteljährlich  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe Januar 2017

## Friedenspolitische Tagung 2018 Wir gehen Neue Wege der Sozialen Verteidigung

Vor 30 Jahren gab es in Minden eine Konferenz über Soziale Verteidigung (SV) mit 1.000(!) Teilnehmer\*innen. Sie war das Startsignal für die Gründung des BSV. Ist Soziale Verteidigung Schnee von gestern oder unsere Vision für morgen? Das wird das Thema unserer Jahrestagung vom 20. bis 22. April 2018 in der JH Braunschweig sein.

Am Freitag sprechen Prof. Dr. Theodor Ebert und Roland Vogt einleitende Worte, bevor in lockerem Talk Teilnehmer\*innen des 1988er Kongresses zurück und nach vorne schauen: Dr. Barbara Müller (Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung), Dr. Ute Finckh-Krämer (BSV, frühere MdB für die SPD), Christoph Besemer (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden) und Winfried Nachtwei (früherer MdB für Bündnis90/Die Grünen).

Am Samstag spricht Dr. Christine Schweitzer (BSV) darüber, was wir heute über die Soziale Verteidigung (SV) wissen. Anschließend werden in vier AGs folgende Aspekte thematisiert: SV und Friedenslogik (Friedensforscherin Prof. Dr. Hanne M. Birckenbach), SV und Gewaltfreie Aktionen (Renate Wa-

### Spendenaufwurf

Der Bund für Soziale Verteidigung finanziert einen Großteil seiner Arbeit über Spenden – die beiden Stellen unserer Büroleiterin und Geschäftsführerin, unsere Arbeit zu Zivilem Peacekeeping, zum Schutzprojekt für Geflüchtete und zur Türkei, um nur einige Bereiche zu nennen.

Wir danken herzlich für die bisherige Unterstützung! Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin bei unseren vielfältigen Aktivitäten. Ohne Ihre/Eure Spenden ist unsere Arbeit nicht möglich. Besten Dank im Voraus!

Spendenkonto: BSV, Sparkasse Minden-Lübbecke, IBAN DE73 4905 0101 0089 4208 14

nie, BSV und Werkstatt Baden), SV in Osteuropa (Björn Kunter, BSV) und SV als alternatives Sicherheitskonzept (Ulrich Stadtmann, BSV und CDU-Ortspolitiker). Nach der Mittagspause stellt Theodor Ziegler von der Ev. Kirche Baden deren Papier „Von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ vor, in dem dargelegt wird, wie die Idee der Sozialen Verteidigung eingeführt werden könnte. Darauf antworten Florian Kling (Darmstädter Signal) und Edelgard Bulmahn (frühere MdB für die SPD).

Am Sonntag soll ein Text verabschiedet werden, der als „Braunschweiger Aufruf“ die Relevanz der Sozialen Verteidigung in den heutigen Zeiten benennt und Forderungen an die Politik formuliert.

### Streicht Euch den Termin an!

### Projektfortschritte

**Türkei:** Die sich weiter verschlechternde Menschenrechtssituation in der Türkei hat dazu geführt, dass die von den War Resisters' International koordinierte internationale Arbeitsgruppe, an der der BSV auch mitwirkt, ihre Pläne für das kommende Jahr überdenken muss. Wir befinden uns derzeit in einem Konsultationsprozess mit unseren Partner\*innen in der Türkei, um zu klären, welche Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung in der derzeitigen Situation angebracht sind.

**Syrien:** Die Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“ hat ein Aktionsset mit Fotoleinwand erstellt! Damit kann jede\*r symbolisch den grauen Vorhang des Krieges aufziehen und Raum schaffen für den Frieden. Das Set kann gegen die Portogebühr (ca. 15-20 Euro) ausgeliehen werden; benötigt wird dann nur noch ein Bauzaun oder zwei Bäume, um die Pläne dazwischen aufzuspannen.

### Anmeldung und Preise

Anmeldung bitte möglichst bis zum 22. März 2018

Preise:  
Im Mehrbett-Zimmer: 118,- €  
Im 2-Bett-Zimmer: 128,- €  
Im Einzelzimmer: 144,- €

Wir werden versuchen, alle Wünsche zu berücksichtigen. Aber alle Zimmertypen stehen nur in beschränkter Zahl zur Verfügung. Bitte geben Sie an, falls Sie nicht ggf. auch mit einer Unterbringung in einer anderen Zimmerkategorie einverstanden sind.

Tagesgäste ohne Übernachtung zahlen eine Tagungspauschale von 20,- € plus Verpflegung je nach eingenommenen Mahlzeiten.

Eine Kinderbetreuung wird bei Bedarf angeboten. (Bitte bei der Anmeldung nachfragen.)

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen in dem Newsletter der Kampagne (<http://www.machtfrieden.de/newsletter-nr-9-mandatsverlaengerung-light-und-aktionen-im-november>).

**Bildungsveranstaltungen zu Ziviler Konfliktbearbeitung:** Unser Angebot, Vorträge und Workshops zu Ziviler Konfliktbearbeitung abzuhalten, ist auf viel positive Resonanz gestoßen. Dank der Finanzierung des Bildungsprojekts „Globaler Frieden goes Mainstream“ war es uns in diesem Jahr möglich, Referent\*innen kostenfrei für die Veranstalter bereit zu stellen. Zu den Gruppen und Organisationen, die dies in Anspruch nahmen, gehörten u.a. Schulen, ein Eine-Welt-Netzwerk, Jugendgruppen und verschiedene Friedens- und antimilitaristische Gruppen. Wir hoffen, dass wir diese Arbeit auch 2018 fortsetzen können.